

AKTUELL

EUROPÄISCHE GASKONFERENZ

„Zu welchem Preis?“

Joël Adami

Die Abkehr von russischem Erdgas bedeutet nicht, dass der fossile Energieträger aus der Mode kommt. Vielmehr trifft sich die Industrie jedes Jahr in Wien, um den Ausbau der Gas-Infrastruktur zu planen. Doch auch die Proteste dagegen werden lauter.

Auf einem wackeligen Handyvideo ist zu sehen, wie eine Frau in Abendgarderobe von Bodyguards aus einem prunkvollen Saal geführt wird. Es ist eine Aktivistin, die das Galadinner der Europäischen Gaskonferenz unterwandert hat. Sie ruft den anwesenden Lobbyist*innen und Industrievertreter*innen zu: „Während ihr Milliardenverträge mit der Europäischen Kommission aushandelt und uns in eine katastrophale fossile Zukunft führt, können es sich andere Menschen nicht mehr leisten, ihre Wohnung zu heizen und ihre Familie zu ernähren! Ihr macht euch die Taschen voll, aber zu welchem Preis?“

Vom 27. bis 29. März fand in Wien die 16. Europäische Gaskonferenz statt. Es handelte sich nicht um eine wissenschaftliche Fachkonferenz oder ein politisches Treffen. Die Gaskonferenz ist eine jährlich stattfindende Veranstaltung, bei dem sich vor allem Vertreter*innen großer, fossiler Energiekonzerne treffen: Shell, BP, RWE, Vattenfall, Total, EDF, Eni – und natürlich die österreichische OMV, die als Co-Gastgeber auftrat. Pikanterweise waren zu dem Treffen auch hochrangige Beamte der Europäische Kommission als Gäste geladen. Neben Vorträgen und Diskussionspanels weist die Website der Konferenz auch darauf hin, dass in ihrem Rahmen über 100 „private Treffen“ stattfinden. Im Subtext heißt das: Ein fruchtbarer Boden für Hinterzimmerdeals.

Dieses Jahr sollte die Gaskonferenz jedoch nicht ruhig und abgedreht von der Öffentlichkeit verlaufen, wie das in den Vorjahren der Fall war. Im Vorfeld hatte das Bündnis „BlockGas“, das aus zivilgesellschaftlichen Organisationen aus ganz Europa besteht, zum Protest aufgerufen. Am vorigen Wochenende wurde eine Gegenkonferenz organisiert, auf der über Themen wie Klimakrise, gesteigerte Energie- und Lebensmittelkosten, Neo-Kolonialismus durch Wasserstoffprojekte in Afrika und Enteignung von Energiekonzernen diskutiert wurde.

Die Aktivist*innen beschränkten ihre Aktionen aber nicht auf das Galadinner. Am vergangenen Montag

blockierten sie Straßen in der Nähe des Luxushotels, in dem die Konferenz stattfand. Die österreichische Polizei reagierte mit Schlagstöcken, Hundestaffeln und Pfefferspray. Auf Videos ist zu sehen, dass Pfefferspray gegen eingekesselte Aktivist*innen, die folglich nicht ausweichen konnten, eingesetzt wurde. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International kritisiert das Vorgehen der Polizei scharf.

Grüner Brunnen, besetzte Raffinerie

Neben Straßenblockaden gab es auch viele andere Protestformen: So färbten Aktivist*innen den Donaukanal, der durch das Stadtzentrum fließt, und mehrere Brunnen mit grüner, abbaubarer Farbe, um auf die Gaskonferenz hinzuweisen. Greenpeace-Aktivist*innen kletterten auf das Hotel, in dem die Konferenz stattfand und entrollten dort ein Banner mit der Aufschrift „Stop Gas Crimes“. Am Dienstagmorgen blockierten andere Klimaschützer*innen die Zufahrt zum Privatjet-Terminal des Wiener Flughafens. Zeitgleich gab es eine Protestaktion an der nahegelegenen OMV-Erdölraffinerie in Schwechat. Am Nachmittag besetzten Aktivist*innen der Initiative „Zwangsräumungen verhindern“ symbolisch ein Haus, um auf die steigenden Mieten und Energiekosten hinzuweisen – und darauf, dass die Energiekonzerne von den gestiegenen Preisen enorm profitiert haben und Geld damit verdienen, die Klimakrise weiter zu befeuern.

Wie groß die Mobilisierung war, zeigte sich am Dienstagabend: Mit etwa 5.000 Menschen war die Demonstration, die den Abschluss der Proteste markierte, zwar nicht riesig, aber dennoch ein deutliches Zeichen dafür, dass Energiekonzerne sich in Zukunft nicht mehr im sprichwörtlichen „stillen Kämmerlein“ treffen können, um neue Gaspipelines oder Flüssiggasterminals zu besprechen. Zumindest nicht, ohne durch massive Proteste gestört zu werden. Verena Gradinger, die Sprecherin von BlockGas wurde dazu in einer Pressemitteilung zitiert: „Wir alle – Nutzer*innen, Beschäftigte und Betroffene – müssen über die Zukunft unserer Energieversorgung entscheiden, nicht Konzerne und Lobbys.“

SHORT NEWS

Tous-tes contre l'accord Mercosur ?

(lm) – Négociations secrètes autour de la relance de l'accord de libre-échange entre l'Union européenne et le Mercosur ? C'est ce que le collectif français Stop CETA-Mercosur dénonçait il y a deux semaines (woxx 1727). Entre-temps, le document secret, supposé apporter une amélioration par rapport à l'accord négocié avant 2019, a fuité, et les ONG l'ont analysé. Leurs critiques de l'accord portent sur les aspects environnementaux, les droits humains et l'impact sur l'agriculture – et le document en question (intitulé « Joint Instrument ») est supposé répondre à de telles inquiétudes. Or, constate une première analyse de l'économiste Maxime Combes, il s'agit d'un instrument pour « désarmer les critiques », mais qui « ne crée aucune obligation nouvelle ni aucun mécanisme ayant une force exécutoire » et laisse le volet agricole inchangé. Stop CETA-Mercosur incarne un rejet radical de cet accord, « désastre pour l'environnement et les droits humains », mais n'est pas seul à s'opposer à sa relance. Selon le site d'information Euractiv, le secteur agricole européen craint la concurrence de produits alimentaires bon marché élaborés en dehors des standards contraignants de l'UE. La France et l'Autriche ont notamment repris à leur compte ces arguments lors du conseil des ministres du 20 mars. Vienne a élaboré une note expliquant que le résultat de 2019 des négociations avec le Mercosur ne correspondait plus aux standards « modernes » d'accords de libre-échange, et cite en modèle celui de 2022 avec la Nouvelle-Zélande, ainsi que... le CETA (avec le Canada).

Wahlforderungen: Was will der Frauenrat?

(is) – Der Conseil national des femmes de Luxembourg (CNFL) hat diese Woche seine Wahlforderungen präsentiert und sieht Handlungsbedarf in zehn Bereichen, darunter die Reform der Pensionsversicherung und die Ausrichtung der Kommunalpolitik. Über die letzten Reformen der Pensionsversicherung ist der CNFL „extrem enttäuscht“ und plädiert beispielsweise für die obligatorische Versicherung aller, die ihre bezahlte Tätigkeit unterbrechen oder reduzieren müssen. Der CNFL verweist auf Zahlen von Eurostat aus dem Jahr 2019, nach dem die geschlechtsspezifischen Rentenunterschiede in Luxemburg 44 Prozent betragen und somit in der Europäischen Union am höchsten waren. Ums Geld geht es dem CNFL dann auch bei der kommunalen Gleichstellungspolitik. Im Laufe der Jahre sei der Kompetenzbereich der Gleichstellungsbüros um weitere Formen der Diskriminierung erweitert worden, ohne ihre finanziellen Mittel aufzustocken – zum Nachteil des Aspekts der Geschlechtergerechtigkeit. Der Rat setzt sich für die Beibehaltung der Büros ein, die sich explizit mit Geschlechterfragen beschäftigen. Synergien seien wichtig, jedoch müssten die Abteilungen über die nötigen Mittel und einen klaren Aktionsplan verfügen, um alle Aufgaben adäquat zu erfüllen. Auf nationaler Ebene tritt das CNFL außerdem für die Einführung einer parlamentarischen Kommission ausschließlich zu Gleichstellungsthemen ein, denn zur Zeit fallen diese unter die Kommission für Innenpolitik.

Klares Zeichen gegen Homofeindlichkeit

(tj) – Die Front gegen die Anti-LGBTIQ-Politik des ungarischen Präsidenten Viktor Orbán wird zunehmend stärker: Am 21. März schloss sich nun auch der Rechtsausschuss des EU-Parlaments dem Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn an. Dieses war im Juli 2021 von der EU-Kommission eingeleitet worden. Der Grund: Ungarn verbietet per Gesetz die Verbreitung homosexueller Inhalte an Schulen und in den Medien, die sich an Menschen unter 18 Jahren richten oder diese erreichen könnten. Die rechtspopulistische Regierung argumentiert, mit diesem Gesetz Kinder vor Pädophilen schützen zu wollen. Pierre Karleskind (Renew Europe), Vizepräsident der LGBTI Intergroup und Mitglied im Rechtsausschuss kommentierte die historische Entscheidung des EU-Parlaments in einem Pressestatement unter anderem mit den Worten: „Not only does it show our institution's unwavering support for the values on which the European Union is founded, but is also a clear message to national leaders: if you attack the values, you will find the European Parliament in your path“. In den vergangenen Monaten hatten sich mehrere Länder dem Verfahren gegen Ungarn angeschlossen, so etwa Irland, Portugal, Dänemark, Malta, Belgien, die Niederlande, Spanien und Österreich. Auch Luxemburg zieht mit. „The EU is a project of peace, it is a project of tolerance and it is not a project of hatred, of division. It's necessary to remind certain countries from time to time (...) — which is why we're doing this lawsuit with other institutions and countries“, wurde Premierminister Xavier Bettel am 23. März auf dem Nachrichtenportal Politico zitiert.